



Antragsbuch

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG AM 18. NOVEMBER 2023

STAND: 14.11.2023

2 **Antrag Nr. 1**

3 **Antragsteller: Stadtverbandsvorstand**

4 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Umsetzung durch
5 Stadtverbandsvorstand

6

7 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

8 **Demokratie ist nicht selbstverständlich!**

9 Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen, insbesondere der Ergebnisse der
10 Landtagswahlen in Hessen und Bayern sowie im Vorfeld der Europa- und Landtagswahlen im
11 Jahr 2024, erscheint es dringend geboten, sich aktiv mit Demokratie auseinanderzusetzen. In
12 den letzten Jahren hat eine besorgniserregende Zunahme des Erstarkens
13 rechtspopulistischer Bewegungen, wie beispielsweise der AfD, unsere demokratischen
14 Grundwerte herausgefordert. Die aktuelle politische Landschaft erfordert eine verstärkte
15 Aufmerksamkeit für die Werte der Demokratie, um populistischen Strömungen
16 entgegenzuwirken. Die Demokratie steht vor Herausforderungen, die es zu bewältigen gilt,
17 um ihre Integrität und Stabilität zu wahren.

18 Die SPD lobt einen Demokratiepreis aus. Der Demokratiepreis soll dazu dienen, diejenigen zu
19 würdigen, die sich in besonderem Maße für die Stärkung demokratischer Werte einsetzen.
20 Dies könnte sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch Institutionen einschließen, die sich
21 durch ihre engagierte Teilnahme an demokratischen Prozessen, die Förderung von
22 politischer Bildung, den Schutz demokratischer Institutionen oder durch den Einsatz für
23 unsere Gesellschaft in besonderem Maße auszeichnen. Es könnte außerdem als Instrument
24 dazu dienen, um positive Beispiele oder Modelle zu betonen und gleichzeitig eine breitere
25 Diskussion über die Bedeutung demokratischer Prinzipien in unserer Gesellschaft anzuregen,
26 welche eine inspirierende Wirkung auf die Gesellschaft haben und dazu beitragen können,
27 dem Erstarken populistischer Bewegungen entgegenzuwirken.

28 **Antrag Nr. 2**

29 **Antragsteller: Stadtverbandsvorstand**

30 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Kreisverband, SPD-
31 Kreistagsfraktion

32

33 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

34 **Der Kreistag Gütersloh muss seine Entscheidung, sich nicht an den Betriebskosten der**
35 **Gedenkstätte Stalag 326 in Schloß Holte-Stukenbrock zu beteiligen, revidieren.**

36 Der Förderverein Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne e.V. betreibt die gleichnamige
37 Gedenkstätte in Schloß Holte-Stukenbrock. In dem ehemaligen Kriegsgefangenenlager
38 brachte die deutsche Wehrmacht zwischen 1941 und 1945 vor allem sowjetische Soldaten
39 unter. Viele der Gefangenen wurden in Ostwestfalen-Lippe und dem Ruhrgebiet als
40 Zwangsarbeiter ausgebeutet. Von den im Lager registrierten ca. 200.000 Insassen wurden
41 mindestens 15.000 Opfer der unmenschlichen Bedingungen. Sie wurden in Massengräbern
42 vor Ort bestattet.

43 Die Gedenkstätte und ihre ehrenamtlichen Betreiber haben seit den frühen 1990er-Jahren in
44 unermüdlicher Arbeit gegen z. T. erhebliche Widerstände einen bundesweit respektierten
45 und international rezipierten Erinnerungsort geschaffen. Nicht zuletzt auf Anregung des
46 ehemaligen Bundespräsidenten Gauck beschloss der Landtag NRW 2016 parteiübergreifend,
47 den Ausbau der Gedenkstätte mit erheblichen finanziellen Mitteln zu unterstützen. Hierzu
48 sollte u. a. der Kreis Gütersloh einen Anteil an den Betriebskosten übernehmen.

49 Die kürzliche Weigerung einer Koalition aus CDU, Freien Wählern und AfD im Kreistag, sich
50 im notwendigen Umfang an den Betriebskosten zu beteiligen, hat bundesweit für Aufsehen
51 und Empörung gesorgt. Insbesondere die Begründung der CDU-Fraktion für ihr Verhalten ist
52 verstörend. Sie sagt: die finanzielle Förderung der Erinnerung an die Opfer
53 nationalsozialistischer Verbrechen könnte den ideologischen Erben der Täter, der AfD,
54 Wählerstimmen verschaffen. Dies stellt den Versuch dar, auf dem Rücken der Opfer eine von
55 breitem gesellschaftlichem Konsens getragene Erinnerungskultur zu entsorgen. Damit stellt

56 sich die CDU-Fraktion auch gegen prominente Vertreter ihrer eigenen Partei – z. B. Landrat
57 Adenauer oder Landtagspräsident Kuper.

58 Die Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten und das ehrende Gedenken an ihre
59 Opfer gehört zu den zentralen Aufgaben der deutschen Erinnerungskultur. In Zeiten, in
60 denen die völkisch-nationalistische AfD immer mehr erstarkt, sich antisemitischer Hass auf
61 deutschen Straßen wieder Bahn bricht und der gesellschaftliche Konsens „Nie wieder!“ so
62 bedroht ist wie nie zuvor, ist die Entscheidung des Kreistags ein fatales Signal.

63 Als Sozialdemokraten sind wir uns der deutschen Verantwortung gegenüber den Opfern der
64 NS-Diktatur bewusst. Nur die dauerhafte Auseinandersetzung mit ihren Ursachen und
65 Folgen bietet die Chance, demokratische Kultur zu festigen und zu erhalten. Dazu bedarf es
66 authentischer Erinnerungsorte. Deshalb fordern wir den Kreistag auf, seine Entscheidung zu
67 revidieren und eine dauerhafte und angemessene Finanzierung der Gedenkstätte Stalag
68 326 (VI K) Senne sicherzustellen.

70 **Antrag Nr. 3**

71 **Antragsteller: Stadtverbandsvorstand**

72 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Ratsfraktion, SPD-
73 Kreisverband, SPD-Kreistagsfraktion

74

75 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

76 **Keine weiteren Verzögerungen bei der Reaktivierung der Teutoburger-Wald-Eisenbahn**
77 **(TWE)**

78 Die Reaktivierung der TWE ist ein wichtiges verkehrspolitisches Vorhaben im Kreis
79 Gütersloh. Insbesondere die Anbindung und Vernetzung der Städte auf der Verkehrsachse
80 Verl, Gütersloh und Harsewinkel stellt auch vor dem Hintergrund des Klimawandels für
81 Wirtschaft, Pendlerverkehr und Jedermann-Verkehr eine entscheidende Säule dar.

82 Die ursprüngliche Planung sah vor, dass die Reaktivierung im Laufe des Jahres 2023
83 vollzogen wird und die erste Bahn rollen könnte. Es wurde dann im laufenden Prozess insb.
84 aufgrund Corona um zwei Jahre verschoben, da Planungskapazitäten fehlten. Vor kurzem
85 wurde dann erneut eine weitere Verzögerung um zwei Jahre kommuniziert.

86 Ein so wichtiges Verkehrsprojekt braucht Planungssicherheit, insbesondere für die hiesigen
87 Unternehmen, die bereits signalisiert haben, dass sie über spezielle Angebote für ihre
88 Mitarbeiter die TWE aktiv nutzen wollen. Auch für den Jedermann-Verkehr ist dies enorm
89 wichtig (bspw. Investitionen müssen geplant werden). Schließlich trägt die Planungs-
90 sicherheit und Verlässlichkeit zum künftigen Erfolg und der Nutzungsfrequenz der TWE bei.

91 Die SPD hat als Initiatorin die Reaktivierung der TWE über Jahrzehnte forciert. Das wird die
92 SPD auch weiterhin mit aller Kraft tun. Daher soll erneut verstärkt über alle politischen
93 Ebenen Gemeinde, Kreis, Bezirk und Land die Reaktivierung der TWE aktiv adressiert
94 werden. Der VVOWL und der NWL müssen alle denkbaren Maßnahmen (ggf. in Szenarien)
95 ergreifen, damit die Reaktivierung im Jahr 2027 erfolgreich umgesetzt wird. Insbesondere
96 aufgrund der mehrfachen Verzögerungen müssen im mittelfristigen Vorfeld der
97 „Jungfernfahrt“ geeignete Marketingmaßnahmen ergriffen werden.

98 Auch müssen Landesregierung sowie Verkehrsminister in die Pflicht genommen werden.

100 **Antrag Nr. 4**

101 **Antragsteller: Stadtverbandsvorstand**

102 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Ratsfraktion, SPD-
103 Kreisverband, SPD-Kreistagsfraktion

104

105 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

106 **Der Deutschlandtakt sowie eine optimale ICE-Verbindung zwischen Hamm, Bielefeld und**
107 **Hannover sind für die Entwicklung der Region ein Muss.**

108 Die Planung und künftige Umsetzung einer schnelleren ICE-Trasse zwischen Hamm, Bielefeld
109 und Hannover - eingebettet in den Deutschlandtakt - ist von großer Bedeutung für die
110 Region, den Kreis sowie die Stadt Gütersloh. Die SPD begrüßt und unterstützt ausdrücklich
111 den transparenten und offenen Dialog zur Erreichung einer ergebnisoffenen Planung für
112 diesen Verkehrskorridor.

113 Die Einführung eines Deutschlandtakts für Fern- und Regionalverkehre ist ein zentrales Ziel,
114 um die Effizienz des Bahnverkehrs zu steigern und die Mobilität der Bürger zu verbessern.

115 Die geplante ICE-Trasse zwischen Hamm, Bielefeld und Hannover trägt maßgeblich dazu bei,
116 dieses Ziel zu erreichen, indem sie eine leistungsfähige Verbindung in einer stark
117 frequentierten und wirtschaftsstarken Region schafft.

118 Außerdem stärkt eine solche Verbindung nicht nur die Verkehrsinfrastruktur, sondern
119 fördert auch die wirtschaftliche Entwicklung und den Austausch zwischen den Regionen. Die
120 Teilnahme an einem transparenten und offenen Dialog ist essenziell, um die Interessen aller
121 Beteiligten angemessen zu berücksichtigen und eine ergebnisoffene Planung zu
122 gewährleisten.

123 Eine Optimierung für den Regionalverkehr muss dabei mitgedacht werden. Es wird
124 nachdrücklich gefordert, dass die Planung der ICE-Strecke Hamm-Bielefeld-Hannover die
125 Anforderungen des Regional- und Güterverkehrs deutlich berücksichtigt. Der Ausbau der
126 Strecke sollte sicherstellen, dass der Regionalverkehr eine optimale Zubringerfunktion zum
127 ICE-Halten, insbesondere in Bielefeld, erbringen kann. Dies trägt nicht nur zur Attraktivität

128 des Schienenverkehrs insgesamt bei, sondern gewährleistet auch eine effiziente Vernetzung
129 verschiedener Verkehrsmittel.

130 Ferner ist Berücksichtigung von Umweltaspekten von zentraler Bedeutung. Bei der Planung
131 und Umsetzung der ICE-Trasse muss eine strenge Berücksichtigung aller Aspekte des Klima-,
132 Natur-, Wasser- und Landschaftsschutzes erfolgen. Dies umfasst die Minimierung von
133 Umweltauswirkungen, den Schutz von ökologisch sensiblen Gebieten und die Integration
134 nachhaltiger Technologien. Die Verantwortung für die Umweltverträglichkeit sollte
135 integraler Bestandteil des Planungsprozesses sein, um eine nachhaltige und
136 zukunftsorientierte Entwicklung zu gewährleisten.

137 Die Schaffung einer modernen, leistungsfähigen ICE-Trasse zwischen Hamm, Bielefeld und
138 Hannover dient somit nicht nur der Verbesserung der Mobilität, sondern auch der Förderung
139 einer nachhaltigen und umweltverträglichen Verkehrsinfrastruktur in der Region.

140 **Antrag Nr. 5**

141 **Antragsteller: AK Jugend und Bildung**

142 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Kreisverband

143

144 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

145 **Antrag Kita-Trägervielfalt retten – Trägerfinanzierung reformieren**

146 **Die SPD setzt sich auf allen politischen Ebenen für eine auskömmliche Finanzierung der**

147 **Kindertagesbetreuung und insbesondere eine entsprechende Reform der**

148 **Trägerfinanzierung auf Landesebene ein. Nur durch eine bessere Finanzierung kann den**

149 **Rückzug von der Trägerschaft kirchlicher und freier Träger verhindert und die**

150 **Trägervielfalt und Qualität der Kita-Landschaft gesichert werden.**

151 Die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen wird im

152 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) geregelt. Kern der Finanzierung sind die sogenannten

153 „Kindpauschalen“, die abhängig von Gruppenform und Betreuungsumfang der Kinder

154 gezahlt werden und der Refinanzierung von Personal- und Sachaufwendungen dienen sollen

155 (vgl. § 33 KiBiz). Die Finanzierung der Kindpauschalen soll neben dem Landesjugendamt und

156 dem örtlichen Jugendamt auch durch einen sogenannten Trägeranteil aus Eigenmitteln

157 erfolgen (§36 KiBiz). Der Trägeranteil variiert je nach Art der Trägerschaft (kirchliche,

158 kommunale, freie Trägerschaft, Elterninitiative). Zur Unterstützung der Trägervielfalt besteht

159 die Möglichkeit der freiwilligen Übernahme des Trägeranteils durch die Kommune. Aktuell

160 übernimmt die Stadt Gütersloh etwa 50% des geforderten Trägeranteils.

161 Die von den kirchlichen und freien Trägern geforderte freiwillige Übernahme des kompletten

162 Trägeranteils durch die Kommune wurde im vergangenen Jahr durch die Stadtverwaltung

163 und den Jugendhilfeausschuss als fachlich geboten festgestellt. Unter den aktuellen

164 finanziellen Rahmenbedingungen der Städte und Gemeinden, auch denen für die Stadt

165 Gütersloh, ist dies jedoch nur schwer leistbar. Durch den wachsenden finanziellen Druck ist

166 die ausdrücklich gewünschte Trägervielfalt und dadurch die Qualität der

167 Kindertagesbetreuung aktuell akut gefährdet.

168 Trotz allseits bekannter Probleme bei der Finanzierung und verschiedener Reformen, zuletzt
169 mit der Novelle aus 2020, bleibt der Trägeranteil ein Problem. Zuletzt hat sich die Situation
170 weiter verschärft. Grund hierfür sind allgemeine Kostensteigerungen, aber auch
171 Tarifabschlüsse für die Beschäftigten. Mit einer großen Demonstration haben
172 Vertreter*innen von freien und kirchlichen Trägern zuletzt in Düsseldorf Ihren Unmut
173 gegenüber der Landesregierung ausgedrückt.¹ Die Landesregierung muss hier dringend
174 handeln!

¹ <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/demo-landtag-wohlfart-kita-100.html>

176 **Antrag Nr. 6**

177 **Antragsteller: AK Soziales**

178 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Umsetzung durch
179 Stadtverbandsvorstand sowie Überweisung an SPD-Kreisverband und die Ortsvereine
180 Gütersloh, Isselhorst und Avenwedde-Friedrichsdorf

181

182 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

183 **Gütersloh international? Integration in Gütersloh verbessern.**

184 **Die SPD setzt sich in der Gütersloher Politik und Stadtgesellschaft für einen positiveren
185 und aktiveren Umgang mit der Integration und einem besseren Miteinander der Kulturen
186 ein.**

187 **Hierfür setzt sich die SPD u.a. für folgende Maßnahmen ein.**

188 **1. Initiierung einer Einbürgerungsfeier der Stadt Gütersloh nach dem Vorbild der Stadt
189 Essen²**

190 **2. Erhalt und Stärkung der haupt- und ehrenamtlichen Strukturen für die Migration-,
191 Integrations- und Flüchtlingsberatung**

192 **3. Umsetzung der Maßnahmen des Runder Tisch zur Situation von
193 Werkvertragsarbeitnehmer*innen**

194 **4. Schaffung und Förderung von Orten und Anlässen der Begegnung und des
195 Austausches zwischen den Kulturen in der Gesamtstadt und in den Sozialräumen**

196 **5. Aufarbeitung und Würdigung der Migration in der Gütersloher Stadtgeschichte im
197 Kontext des Stadtjubiläums**

198 **6. Gewinnung von mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die SPD und ihre
199 Gremien**

200 Heute leben in Gütersloh 104.883 Menschen aus über 100 Nationen. Gütersloh hat sich vom
201 Heidedorf zu einer modernen „Großstadt“ entwickelt, auch und gerade, weil in den
202 vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine Vielzahl von Menschen aus den

² https://www.essen.de/meldungen/pressemeldung_1497377.de.html

203 unterschiedlichsten Gründen und mit den unterschiedlichen Hintergründen nach Gütersloh
204 gezogen ist und hier eine Heimat gefunden hat. Seien es die ehemaligen Soldaten der
205 britischen Armee und Ihre Angehörigen, die ausländischen Arbeitnehmerinnen und
206 Arbeitnehmer aus Italien, Spanien, Portugal, Griechenland und der Türkei sowie aus
207 Jugoslawien und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. In den letzten Jahren waren dies
208 vor allem Geflüchtete aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, sowie zuletzt aus der Ukraine. Die
209 größte Gruppe ausländischer Mitbürger*innen kommt aktuell aus Süd-Osteuropa und ist im
210 Zusammenhang mit der Arbeit in der Fleischindustrie und anderen prekären Branchen
211 zugezogen.

212 Die Stimmung gegenüber Geflüchteten und zwischen den Kulturen ist im Großen und
213 Ganzen positiv. Gütersloh ist eine weltoffene und vielfältige Stadt und feiert dies nicht
214 zuletzt jeden Sommer bei „Gütersloh International“. Ein großes Netzwerk an Ehrenamtlichen
215 und Hauptamtlichen Gütersloher*innen arbeitet tagtäglich daran, die Integration von
216 Neuankommenden zu ermöglichen und damit das Miteinander in der gesamten
217 Stadtgesellschaft zu verbessern. Das gute Miteinander ist jedoch kein Selbstläufer und muss
218 (all)täglich weiterverfolgt werden. Angesichts der wachsenden Herausforderungen müssen
219 diese Bemühungen sogar verstärken. Die Rahmenbedingungen für Integration zu verbessern
220 und das Miteinander zu fördern ist seit jeher auch ein zentrales Ziel der SPD. Auf Antrag der
221 SPD hat sich Gütersloh zum Sicheren Hafen für Geflüchtete erklärt und erst durch das starke
222 Engagement von Sozialdemokrat*innen wurde der Runde Tisch zur Situation von
223 Werkvertragsarbeitnehmer*innen begründet. Hier müssen wir am Ball bleiben, bestehende
224 Netzwerke sichern und stärken und neue Initiativen entwickeln.

225 Neben den genannten Vorschlägen, die sich auf politischer Ebene anstoßen lassen, sollte die
226 SPD jedoch auch auf sich selbst schauen. Blickt man auf die aktuellen Vorstände und die
227 Ratsfraktion, so spiegeln diese Gremien keineswegs die Vielfältigkeit der Stadtgesellschaft
228 wider. Für eine glaubwürdige Integrationspolitik müssen wir auch selber aktiv werden und
229 unsere Partei- und Gremienarbeit für Menschen unterschiedlichster Hintergründe
230 interessant und relevant machen.

232 **Antrag Nr. 7**

233 **Antragsteller: AK Stadtentwicklung und AK Umwelt**

234 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Kreisverband

235

236 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

237 **Nachhaltige Stadtentwicklung in Gütersloh**

238 **Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung in Gütersloh setzt sich der SPD**

239 **Stadtverband in den geeigneten Gremien und Ebenen insbesondere für folgende Punkte**

240 **ein:**

241 **Es soll eine bedarfsgerechte Ausweisung von Bauland erfolgen, die sowohl für Wohnen als**

242 **auch Gewerbe und Industrie bestehende, wenig bis nicht genutzte, Flächen vor einer**

243 **Neuausweisung von Flächen in den Fokus nimmt.**

244 **In Gütersloh soll eine Doppelnutzung von Flächen wie z.B. Wohnungen über Supermärkten**

245 **oder Photovoltaik über Parkplätzen in den Fokus genommen werden.**

246 **In Gütersloh sollen in geeigneten Bauprojekten der Einsatz von Recyclingmaterialien**

247 **verstärkt werden und Bauschutt verstärkt einem Recycling statt Downcycling zugeführt**

248 **werden (z.B. Zu R-Beton statt zu Schotter für den Straßenbau).**

249 **Um in Gütersloh eine Solaranlagenpflicht (Photovoltaik) zu ermöglichen, soll gezielt auf die**

250 **entsprechenden politischen Ebenen eingewirkt werden, die eine Verbesserung der**

251 **Gesetzeslage auf Bundes- und Landesebene schaffen können.**

252 In den vergangenen Jahren haben wir uns als SPD in Gütersloh immer für die Schaffung von

253 Wohnraum eingesetzt. Hierbei haben wir immer darauf geachtet, dass dabei soziale Aspekte

254 berücksichtigt werden und somit alle Bevölkerungsschichten davon profitieren. Dies wird

255 auch weiterhin wichtiger ein Bestandteil unserer politischen Arbeit vor Ort sein. Gleichzeitig

256 nehmen wir auch die ökologischen Herausforderungen, die sich aus der Schaffung von

257 Wohnraum durch Neubauten und die Inanspruchnahme bisher landwirtschaftlich oder

258 ungenutzter Flächen ergibt, in den Fokus. Vor diesem Hintergrund müssen wir besonders in

259 der wachsenden Stadt Gütersloh darauf achten, dass wir sorgsam mit den noch

260 vorhandenen Grünflächen umgehen und gleichzeitig einen Betrag zur sozial, ökologischen

261 Veränderung unserer Gesellschaft beitragen. Wir sind uns bewusst, dass Gütersloh bereits
262 fast 40 % seines Stadtgebietes durch Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch nimmt und
263 damit weit über dem Durchschnitt des Landes NRW liegt. Gleichzeitig sehen wir auch die
264 Herausforderungen die sich durch den Klimawandel auch in Gütersloh z.B. In zukünftigen
265 Hitzeperioden insbesondere für die bereits benachteiligten Bürgerinnen und Bürger
266 ergeben. Wir glaube dass diese Herausforderungen bei einer weiteren Versiegelung noch
267 verstärkt werden. Die frei bleibenden Grünflächen sollen Erholungsort für alle
268 Gütersloherinnen und Gütersloher bleiben. Aus diesen und vielen weiteren Gründen
269 nehmen wir neben den sozialen Aspekten des Wohnungsbaus und des Erhalts von
270 Arbeitsplätzen diesen sparsamen Umgang mit Flächen stärker in unsere politische Arbeit auf.
271 Als ein konkretes Beispiel möchten wir für diesen sparsamen Umgang mit den Flächen der
272 Stadt die Doppelnutzung von Flächen fördern und fordern. Es gibt bereits in vielen
273 Kommunen hervorragende Beispiele, wie über den Flächen des Einzelhandels z.B.
274 Supermärkten auch Wohnraum geschaffen wird. Als weiteres Beispiel eignet sich außerdem
275 die Installation von Photovoltaik über Parkplatzflächen. Damit kann die ineffiziente Nutzung
276 solcher Parkplätze stark verbessert werden.

277 Zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung gehört neben der Sparsamkeit (im Umgang mit
278 Flächen) auch der Mut neue Technologien und Rohstoffe zu nutzen, wenn Neubauten
279 erforderlich sind. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein, dass in Gütersloh Pilotprojekte
280 umgesetzt werden, die beim Abriss und (Neu-)Bau von Gebäuden solche neuen,
281 nachhaltigen und zu einer Kreislaufwirtschaft beitragenden Technologien und Rohstoffe
282 einsetzen. Es ist bekannt, dass die Herstellung von Zement für neuen Beton einen
283 erheblichen Anteil der weltweiten CO2 Emissionen verursacht. Gleichzeitig werden durch die
284 Gewinnung von Sand und Kies für diesen Beton Flächen zerstört und ausgebaggert. Wir als
285 SPD Gütersloh sehen bereits Möglichkeiten und Beispiele wie bei Neubauten
286 Recyclingmaterialien wie R-Beton eingesetzt werden. So betreibt beispielsweise das
287 Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen ein eigenes
288 Informationsportal mit Praxisbeispielen verschiedenster öffentlicher Bauprojekte in ganz
289 Deutschland, eigenen Leitfäden und Informationen zu Forschungsinitiativen. Ein
290 Hauptgrund, dass dies noch nicht in der Breite angewendet wird, wird in der schlechteren
291 Wirtschaftlichkeit gesehen. In dieser Folge setzen wir uns dafür ein, dass in Gütersloh mit
292 Pilotprojekten ein Beitrag dazu geleistet wird, dass diese Hürde der Wirtschaftlichkeit

293 überwunden wird und sich diese Rohstoffe und Technologien zum Standard entwickeln.
294 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Sanierung von Gebäuden als Vorzug vor dem
295 Abriss, dort wo es möglich ist, bevorzugt werden und die Eigentümerinnen und Eigentümer
296 auf diesen Vorzug hingewiesen werden.

297 Neben diesen konkreten Aspekten einer nachhaltigen Stadtentwicklung hier vor Ort
298 erkennen wir als SPD Gütersloh auch die notwendigen Handlungsschritte über die Kommune
299 hinaus, die notwendig sind um eine solche Entwicklung zu unterstützen. So wurde
300 beispielsweise in den vergangenen Jahren in den Gremien des Rates über eine Verpflichtung
301 zum Einsatz von Photovoltaik auf Dächern in neu ausgewiesenen Baugebieten diskutiert und
302 beraten. Das Ergebnis dieser Diskussion ist die Einschätzung, dass dies aufgrund der
303 Gesetzeslage nicht verbindlich möglich ist. Aus diesem Grund setzen wir uns als SPD
304 Gütersloh auf allen Ebenen unserer Partei dafür ein, dass in den Gesetzen, die dieses bisher
305 verhindern, eine Möglichkeit geschaffen wird. Von dieser Möglichkeit kann dann nicht nur
306 die nachhaltige Stadtentwicklung in Gütersloh sondern auch die von Städten und
307 Gemeinden in ganz NRW oder sogar Deutschland profitieren.

309 **Antrag Nr. 8**

310 **Antragsteller: AK Umwelt**

311 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Ratsfraktion

312

313 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

314 **Im Jubiläumsjahr 2025 startet Gütersloh mit der jährlich stattfindenden „RadKulTour“.**

315 Für alle heißt es dann an einem Sonntag: Rauf aufs Rad, rein ins Grüne und dabei vielfältige

316 Kulturangebote draußen im Park, an der Dalke, in den Ortsteilen entdecken und genießen.

317 Akteur:innen aus Musik, Theater, bildender Kunst, Tanz und Literatur bieten an

318 verschiedenen Stationen Kostproben ihres Könnens, laden auch ein zum Verweilen.

319 Wie zum 175jährigen Stadtjubiläum die „Lange Nacht der Kunst“ eingeführt wurde, die

320 danach zu einem etablierten Highlight wurde, so könnte das auch mit der RadKulTour ab

321 2025 geschehen - ähnlich wie sie in Bielefeld bereits vor einigen Jahren etabliert wurde.

322 Das Besondere bei dieser Veranstaltung ist, dass nicht nur die Vielfalt der lokalen

323 Kulturszene präsentiert wird, sondern dass die Orte jeweils mit dem Fahrrad angefahren

324 werden und dass damit auch ein Zeichen für diese umweltfreundliche Form der Mobilität

325 gesetzt wird. Hinzu kommt, dass die Veranstaltungen möglichst vor einer grünen Kulisse

326 stattfinden – also im Wechselspiel oder in der Auseinandersetzung mit der Natur.

327 Einzelne denkbare Beispiele sind:

328 • Die Luttermöven singen an der Lutter.

329 • Eine Märchenerzählerin lässt die Fabelwesen an der Dalke lebendig werden.

330 • Eine Tanzgruppe präsentiert sich auf einer Lichtung.

331 • Ein Bildhauer arbeitet unter Bäumen.

332 • Eine kleine Band spielt an einem passenden Ort , der sich aus dem gewählten

333 Streckenverlauf ergibt.

334 Der Kreativität der Fachbereiche Kultur, Verkehr und gegebenenfalls von GT-Marketing sind
335 keine Grenzen gesetzt. Mögliche Synergieeffekte mit dem Projekt „Kunst im öffentlichen
336 Raum“ sind denkbar und erwünscht.

337 Auch neue Radverkehrsführungen können und sollten in die Streckenplanungen des
338 Jubiläumsjahres und der Folgejahre einbezogen werden. Wünschenswert ist somit von
339 Anfang an eine gute Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen einerseits und den
340 Kulturschaffenden andererseits. Außerdem geht es darum, ein möglichst breites Spektrum
341 aus der Bevölkerung anzusprechen. So können zum Beispiel familienfreundliche
342 Kulturstationen besonders gekennzeichnet werden.

344 **Antrag Nr. 9**

345 **Antragsteller: AK Europa**

346 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Kreisverband

347

348 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

349 **Die beabsichtigte Schließung von Goetheinstituten in Nachbarländern von Deutschland ist**
350 **ein falsches und fatales Signal im Zusammenhang mit der europäischen Idee von**
351 **kulturellem Austausch und guter Zusammenarbeit.**

352 Daher sprechen wir uns dafür aus, dieses Vorhaben zu überdenken und nicht durchzuführen,
353 sondern vielmehr darüber hinaus Anstrengungen zu verstärken, um das gegenseitige
354 Verständnis sowie das Erlernen der jeweiligen anderen Sprache zu fördern.

355 Die beabsichtigte Schließung von Goetheinstituten in europäischen Nachbarländern wie
356 Frankreich, Italien oder auch Belgien betrifft den Kernbereich der EU. Es widerspricht dem
357 Grundgedanken der vielbeschworenen Deutsch-Französischen Freundschaft. Ein solches
358 Vorhaben untergräbt tatsächlich und vor allem durch die Signalwirkung die Wertschätzung
359 von kultureller Zusammenarbeit und gegenseitigem Austausch. Eine weitere Auswirkung der
360 Schließung von Goetheinstituten ist, dass somit die deutsche Kultur und Sprache einmal
361 weniger vor Ort vermittelt und nahegebracht wird. Doch genau dies wäre dringend
362 notwendig: Untersuchungen zeigen, dass zum Beispiel in Frankreich seit Jahren die Anzahl
363 der Schülerinnen und Schüler, die in der Schule Deutsch lernen, deutlich zurückgeht,
364 umgekehrt geht auch in Deutschland die Zahl der Französischlernenden zurück.

365 Die politische Zusammenarbeit in der EU kann nur gut funktionieren, wenn ein Verständnis
366 für die jeweiligen Traditionen und Denkweisen vorhanden ist, und Verständnis erwächst nun
367 einmal aus gegenseitigem Kennen. Dies ist ebenso eine Basis für die Wirtschaftsbeziehungen
368 der Länder.

369 Die Gründe, die für die Schließungsüberlegungen eine Rolle spielen, sind zum einen
370 finanzielle Gründe sowie die Pläne, sich auch in anderen Regionen oder Kontinenten der
371 Erde zu engagieren. Dies sind verständliche Überlegungen, jedoch keine guten Argumente
372 für die Schließung von bestehenden Standorten. Dies wäre ein fatales Signal in Hinblick auf
373 die Partnerländer. In Frankreich etwa wurde mit deutlichem Unverständnis darauf reagiert.

374 Und: Man sollte nicht alten Beziehungen das Wasser abgraben, nur weil man neue
375 Bekanntschaften entwickeln will.

376 Der europäische Zusammenhalt muss gerade jetzt gestärkt werden!

377 Daher ein Appell an alle, die in den entsprechenden Zusammenhängen arbeiten oder aktiv
378 sind, sich dafür einzusetzen, dass Goetheinstitute erhalten bleiben und dass die
379 Zusammenarbeit in der EU beziehungsweise in Europa intensiviert wird. Auch in Hinblick auf
380 die kommenden Wahlen zum europäischen Parlament im nächsten Jahr gilt es, die
381 Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit zu unterstreichen.

383 **Antrag Nr. 10**

384 **Antragsteller: AK Umwelt**

385 Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Überweisung an SPD-Ratsfraktion

386

387

388 **Die Jahreshauptversammlung möge beschließen:**

389 **200 Jahre Stadtrechte – 200 mal mehr Grün für die Stadt – Bürgerinnen und Bürger**
390 **schlagen Standorte vor.**

391 Die Stadt Gütersloh feiert ihr Jubiläum auch durch mehr Grün in der Stadt.

392 Bis zum Jubiläum sollten 20 neue grüne Inseln geschaffen werden.

393 Die Stadt Gütersloh beteiligt die Bürgerinnen und Bürger an dem Ziel, mehr Bäume und
394 naturnahe Grünflächen in der Stadt zu etablieren. Die Bürgerinnen und Bürger melden ihnen
395 geeignet erscheinende Stellen in der Stadt, an denen man die im Folgenden beispielhaft
396 genannten Maßnahmen durchführen könnte. Diese könnten sein: Entsiegelung dort, wo es
397 möglich ist, Berücksichtigung des Ziels „mehr Grün“ bei der Planung oder Sanierung von
398 Gebäuden und beim Bau oder der Umgestaltung von Straßen, Umgestaltung von
399 Grünstreifen an Straßen oder von Kreisverkehren, Vergrößerung von Baumscheiben und ihre
400 Begrünung, die Anlage von Miniwäldchen und vieles mehr.

401 Zusätzlich zu der Nennung von Standorten können die Bürgerinnen und Bürger auch die
402 Anlage und Pflege von diesen Stellen übernehmen, wo es möglich und gewünscht ist.

403 In Hinsicht auf die großen Herausforderungen, die sich uns mit der Klimaerwärmung und
404 dem Artensterben stellen, sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um Verbesserungen
405 für das Stadtklima sowie den Umwelt- und den Naturschutz in der Stadt zu erreichen. Durch
406 die Aktion „200 mal Grün für die Stadt“ wird Gütersloh attraktiver für die nächsten 200 Jahre
407 Stadtentwicklung.

408 Die Stadt sollte hier auch ihre Vorbildfunktion erfüllen und die Ziele des Klima- und
409 Naturschutzes bei allen ihren Planungen berücksichtigen. Dies ist prinzipiell bereits für
410 Gütersloh so beabsichtigt und aufgrund des 2015 verabschiedeten

411 „Biodiversitätsprogramms Gütersloh“ als Orientierungsrahmen vorgegeben und sollte die
412 Grundlage für planerisches Handeln in der Stadt sein.

413 In Ergänzung dazu wäre die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ein guter Weg, bei der
414 Erreichung wichtiger Ziele des Umweltschutzes und der Klimaanpassung rascher
415 voranzukommen: Frischluftzonen und Frischluftschneisen in der Stadt schaffen,
416 Verringerung von Hitzeinseln (Wirkung von Grün kann einen Unterschied von mehreren
417 Grad Celsius betragen), Artenschutz.

418 Erfahrungsgemäß steigt ebenfalls die Aufenthaltsqualität durch mehr Grün in der Stadt.
419 Nicht zuletzt könnten diese Maßnahmen das Gefühl in der Bevölkerung für die gemeinsame
420 Verantwortung für eine lebenswerte Stadt für heute sowie auch in der Zukunft stärken.

421 Hinweis auf ähnliche Projekte, bspw. In Oberhausen:

422 https://www.oberhausen.de/de/index/rathaus/news/2023/06_juni/oberhausen_sucht_neu
423 [e_baumstandorte.php](#)